

**UZ**Unsere Zeit  
Zeitung der DKP

Nov./ Dez. 2011

# notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

A52

## Endlich Schluss machen mit Transitautobahn!

Mit den Ankündigungen des NRW-Verkehrsministeriums zu den weiteren Straßenbauprojekten des Landes wachsen die Chancen auf einen endgültigen Stopp für die Transitautobahn A 52. Dies ist eine Ermutigung und Bestätigung des Widerstandes der Bürgerinitiativen und der DKP gegen den Ausbau der B 224 zur A 52.

Für die einzelnen Teilabschnitte der Transitautobahn gibt es durch das Verkehrsministerium folgende neue Beschlusslage: Die Planung für den Essener Abschnitt der A 52 wird ruhend gestellt. Der Bottroper Abschnitt von der A 42 bis zur Stadtgrenze Gladbeck wird zunächst weiter geplant und soll dann nach Priorität entschieden werden.

Für den weiteren Abschnitt von der Bottroper Stadtgrenze bis zum Autobahnkreuz Essen/Gladbeck mit der A 2 teilt das Landesverkehrsministerium mit: „Die Planung wird unter der Voraussetzung weiterbetrieben, dass (...) Einvernehmen im Einzelnen mit der Stadt Gladbeck erzielt wird. D. h.: Weiterführung bei Konsens mit Gladbeck, Stopp bei Dissens.“

Wenn die Stadt Gladbeck bei einem Nein zu den bisherigen Ausbauplänen bleibt, kann auch die Planung auf Bottroper Stadtgebiet nicht realisiert werden. Zudem ist die Planfest-



stellung für den Bottroper Teilabschnitt der A 52 noch nicht abgeschlossen. In einem Anhörungsverfahren der Bezirksregierung müssen die 900 Einsprüche aus dem Jahr 2009 und die 1500 Einsprüche aus diesem Jahr behandelt werden. Wann das stattfindet, ist zurzeit völlig offen.

Die Bürgerinitiativen gegen die A 52 wollen jetzt erreichen, dass die gesamte Planung für die A 52 aus dem vorrangigen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans heraus genommen wird. Diese Entscheidung wird 2012/13 getroffen. Es ist an der Zeit, dass auch die Stadtspitze in Bottrop ihre Haltung zur Transitautobahn A 52 überdenkt und sich endlich für eine Lärmschutzwand an der bestehenden B 224 einsetzt.

**Michael Gerber, Tel.: 96227**

**Ruf doch mal an: (68 81 57) oder schau doch mal vorbei im Internet [www.dkp-bottrop.de](http://www.dkp-bottrop.de)**

*Sprechstunden der DKP-Fraktion im DKP-Büro, Germaniastr. 54*

*Montag, Mittwoch und Donnerstag 14 – 17 Uhr und nach Vereinbarung*

## Frust und Frost

*DKP-Vertreter Ulrich Kunold hakte im Verkehrsausschuss im Oktober nach: „Nach dem letzten Winter gab es erhebliche Frostschäden auf den Straßen der Stadt Bottrop zu beklagen. Leider können uns die Antworten der zuständigen Verwaltung nicht zufrieden stellen, zeigen doch die Ausführungen, dass eigentlich nur Flickschusterei betrieben wurde, denn eine großflächige Schadensbeseitigung scheiterte am Geldmangel der Stadt Bottrop.*

*Ein Armutszeugnis für die Stadt Bottrop ist allerdings, dass im Zeitalter der elektronischen Datenverarbeitung bei der Stadt Bottrop kein EDV-gestütztes System zur Verfügung steht, dass uns auf Knopfdruck entsprechende Informationen geben kann. 1,1 Mio. • ist doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Fährt man durchs Stadtgebiet, ließen sich viele Straßen aufführen, die in einem desolaten Zustand sind. Werden wir nach dem nächsten Winter ganze Straßen sperren müssen, weil sie nicht mehr befahrbar sind? Was gedenkt Verwaltung hinsichtlich dieser Situation zu unternehmen?“*

*Bleibt hinzuzufügen: Der Ruf nach der Autobahn A52 ist bei der Bottroper SPD lauter, als der nach Beseitigung der Frostschäden und der maroden Holperstrecken im Stadtgebiet. Wie man in die Straßen ruft, so schallt es hinaus!*

## Interview mit Mona Falkenberger

## Hoffnung für Bücherei?

Mona Falkenberger ist das Gesicht des Widerstandes gegen eine Schließung der Büchereizweigstelle Boy. Die Notizen-Redaktion sprach mit Frau Falkenberger:

Notizen: Welche Bedeutung hat die Büchereizweigstelle für die Boy?

**Mona Falkenberger:** Die Zweigstelle am Boyer Markt ist eine Anlaufstelle für Menschen jeglicher Herkunft. Über das Medium Buch hat sich hier im Laufe der Jahre eine multikulturelle Begegnungsstätte entwickelt. Besonders Schulklassen und Kindergärten nutzen die Einrichtung. Das qualifizierte Personal kennt die Besucher und macht interessante Literaturangebote. Zusätzlich sind weitere neun Ehrenamtliche aktiv. Sie basteln und lesen regelmäßig mit den Kindern aus verschiedenen Kulturen. Die meisten Kinder, die jetzt in ihrer Freizeit die Zweigstelle aufsuchen, werden nichts vom künftigen „Bibliothekskonzept“ haben und auch die Lebendige Bibliothek im Kulturzentrum werden sie nicht aufsuchen.



Notizen: Sie waren in den letzten Monaten sehr aktiv. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

**Mona Falkenberger:** Es gab viele Mitstreiterinnen. Wir haben sehr viel Unterstützung und Zuspruch erfahren. 1700 Bürger aus der Boy haben sich mit ihrer Unterschrift für den

Erhalt der Bücherei ausgesprochen. Zahlreiche Geschäftsleute wie Frau Papierok von Resi Elosge haben unser Anliegen unterstützt. Ebenso die Ortsgruppe der IG BCE. Ich habe mich in der Moschee mit zahlreichen Frauen getroffen, die großes Interesse daran haben, dass ihre Kinder durch das Lesen richtig Deutsch lernen.

Notizen: Trotz zahlreicher Proteste droht zum Jahresende die Schließung. Gibt es noch Hoffnung auf einen Fortbestand der Büchereizweigstelle?

**Mona Falkenberger:** Die Aktivitäten der letzten Monate haben die Bedeutung der Büchereizweigstelle für den Stadtteil aufgezeigt. Von den Ratsmitgliedern haben sich leider jedoch nur wenige hier

sachkundig gemacht. Meine Erfahrung ist, die Menschen müssen für ihre Interessen selber aktiv werden. Innovation City fängt in den Köpfen an. Die Schließung einer Büchereizweigstelle ist dafür das falsche Signal. Doch die Hoffnung stirbt zuletzt.

## Kommentar: Neuer Kolonialismus

## Griechenland am Gängelband

Die von Berlin und Brüssel erzwungene Entlassung Zehntausender Staatsbediensteter in Griechenland reicht der EU nicht. Dabei erfährt dieses Land einen sozialen Kahlschlag noch nie dagewesenen Ausmaßes: die Wirtschaft treibt in den kompletten Ruin, die Arbeitslosigkeit ist auf Rekordhöhen; die Renten wurden bislang um rund ein Fünftel, die Einkünfte der ohnehin schlecht bezahlten staatlichen Angestellten auf durchschnittlich 60 bis 70 Prozent gekürzt. Neu eingestellte junge Erwachsene müssen mit einem Bruttolohn von rund 600 Euro im Monat auskommen. Jüngster Coup ist der Vorschlag einer Beratungsgesellschaft aus der Bundesrepublik, dem zufolge Griechenland sein Staatsvermögen an die EU verkaufen soll - zwecks Weitergabe an private Interessenten unter Brüsseler Regie. Jeder neue Kredit ist an neue schamlose Bedingungen geknüpft. Die eigenständige Wirtschaft kommt so zum Erliegen, Griechenland kann seine Schulden nicht abbauen. Am Ende verdienen nur die Banken und jene Konzerne, die die griechischen Unternehmen für 'n Appel und 'n Ei übernehmen. Wir stehen deshalb auf der gleichen Seite wie das griechische Volk. Denn auch unsere Banken wurden mit Milliarden „gerettet“ - obwohl sie die Verursacher der Krisen sind.

**Unser „Rezept“:**

1) Höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit erkämpfen!

2) Erkennen, dass nicht die Arbeiterschaft in Griechenland, Portugal, usw. unsere Gegner ist, sondern das Kapital und zwar vor allem das deutsche.

Seit Jahren werden in Deutschland Einkommen und Sozialleistungen gekürzt, Arbeitszeit verlängert. Damit haben sich die Konzerne und Banken fit gemacht, um mit der sogenannten „Exportwalze“ wirtschaftlich schwächere Länder auszubluten. Die können sich dank des Euros dagegen nicht wehren, Zollschränken und Währungsabwertungen sind ihnen unmöglich gemacht. Sie werden gezwungen, Kredite zu steigenden Zinsen aufzunehmen, oft bei deutschen Banken, die sich dafür das Geld für niedrige Zinsen bei der europäischen Zentralbank leihen. Nun sagen Sie, liebe Leserin und lieber Leser, „das kann doch gar nicht gut gehen“, da haben Sie recht: Denn natürlich kann und wird das dazu führen, dass Kredite platzen, weil Länder pleitegehen. Nur das Risiko für Banken und Konzerne ist relativ gering, denn dann wird mit Sicherheit wieder ein „Rettungsschirm gespannt“, Banken und Konzerne sind ja „systemrelevant“, wie es die Bundesregierung so schön meint. Und das heißt nichts anderes, als dass dann wir - die arbeitenden Menschen - wieder ins Spiel kommen, denn diese Schirme bezahlen wir. Die Folge: Niedrigere Löhne und Sozialeinkommen, höheres Rentenalter und längere Arbeitszeit - das Spiel beginnt von vorn. Sie wollen das ändern? Dann...



Jörg Wingold, Tel.: 685911



## Alpincenter

# Und es bewegt sich doch!

Bei der Eröffnung des Alpincenters vor 10 Jahren strahlten sie um die Wette: die verantwortlichen Politiker aus Bottrop und der NRW-Landesregierung - beim Ansturm der Medien bei der weltweit längsten künstlichen Skipiste auf der Halde Prosperstraße. Der damalige Ministerpräsident Clement eröffnete mit einer schwungvollen Abfahrt den neuen Freizeitspaß. Marc Girardelli, vierfacher Ski-Weltmeister und fünffacher Gesamtsieger des Skiweltcups, präsentierte sich als Investor und medienerfahrenes Aushängeschild der staunenden Öffentlichkeit. Dem ehemaligen Ski-Ass aus Südtirol wurde der rote Teppich ausgerollt, er wurde hofiert - statt genauer auf die Bauausführung des Alpincenters zu achten. Erst die nicht unerheblichen Subventionen aus dem NRW-Wirtschaftsministerium hatten damals den Bau der Skihalle ermöglicht.

Bereits vor der Errichtung des Alpincenters auf der Halde hatte die DKP-Fraktion vor den künftigen statischen Problemen des Bauwerkes gewarnt und als einzige Fraktion gegen die Errichtung gestimmt. Die DKP-Fraktion hatte sich vor 10 Jahren den Rat von Dr. Benner eingeholt, der in leitender Funktion an der Errichtung von Ruhrkohle-Halden beteiligt war. Bereits damals meinte Dr. Benner zur Standsicherheit des Alpincenters: „Dies kann unter der ausgewählten Gründungsvariante des Bauwerkes nicht funktionieren.“

Grundlage für die Errichtung des Alpincenters ist ein Gutachten des Ingenieurbüros Dr. Tillmanns & Partner GmbH zur Baugrundvorerkundung vom 14.12.1999. Über die Frage, wie weit sich der Boden noch „setzen“ würde, macht das Gutachten folgende Aussage: „Bei den

aufgeführten geringen Bauwerklastensind Setzungen kleiner 1 cm zu erwarten. Die durch unterschiedliche Gründung der Stützreihen zu erwartenden, überschlägig ermittelten Setzungsdifferenzen liegen weit unterhalb des Toleranzwertes.“ Das Ingenieurbüro kommt weiterhin zu der fatalen Schlussfolgerung: „Aufgrund des Alters der Bergehalde ist anzunehmen, dass Setzungen, die aus der Eigenkonsolidation des aufgeschütteten Bergematerials resultieren, bereits vollständig abgeklungen sind... Unter Einhaltung der beschriebenen Gründungsvorschläge beträgt das Setzungsmaß der einzelnen Baukörper erfahrungsgemäß kleiner 2 cm.“ Tatsächlich betragen heutzutage die vertikalen Setzungen der Halde inzwischen bereits über 50 cm und die horizontalen Verschiebungen fast 20 cm!

Weder die Stadtverwaltung, noch die Bergaufsicht hätten damals den Bauantrag für das Alpincenter mit dieser Gründungsvariante bei sorgfältiger Prüfung genehmigen dürfen. Die Äußerung des Technischen Beigeordneten der Stadt Norbert Höving in der WAZ vom 2. September ist ein spätes Eingeständnis: „Es müsse einfach gesagt werden, dass vor Baubeginn des Alpincenters die Bebaubarkeit der Halde nicht sauber geprüft worden sei. So aber sei der sei der Untergrund nicht eigentlich baufähig.“

Nach dem Ausscheiden von Girardelli konnten auch der jetzige Skihallenbesitzer van der Valk auf der Halde schalten und walten, wie er wollte. Immer mehr Freizeitanlagen wurden errichtet, gerne auch gelegentlich ohne Baugenehmigung. Auflagen der Stadt wur-

den nicht eingehalten und die Belastungen für die Anwohner im Johannestal und an der Prosperstraße wurden immer größer. Auf die Beschwerden der Anwohner wegen Lärms sowie der Nässe in Gärten und Kellern wurde entweder gar nicht oder nur sehr spät und ungenügend reagiert.

Jahrelang wurden die statischen Probleme des Alpincenters verschwiegen oder vertuscht. Seit dem letzten Jahr war dies nicht mehr möglich, da die maximale Schiefstellung der Stützen von 20 cm fast erreicht ist. Mit den jetzt geplanten Maßnahmen wird keine langfristige statische Sicherheit des Alpincenters zu erreichen sein. Das Anbringen von Ballast an neun Fundamenten bringt kurzfristig eine zusätzliche Stabilität, ohne jedoch eine weitere horizontale Verschiebung der Stützen zu verhindern. Innerhalb von 10 Monaten gab es eine Verschiebung der Stützen von bis zu 2,2 cm auf jetzt 19,7 cm. Dass jetzt eine maximale Schiefelage von 25 cm statt 20 cm erlaubt werden soll, ist keine Beruhigung. Das Setzen von Ankern im Haldenkörper wird diese Verschiebung verlangsamen, aber nicht aufhalten können.

Die als Dauerlösung vom Gut-

achter des Alpincenters, Dr. Gerhard Thiel, vorgeschlagene Anschüttung des Nordhanges der Halde (Seite Johannestal) birgt nach Auffassung des von der DKP beauftragten Gutachters, Dr. Benner, die „Gefahr von unkalkulierbaren Bewegungen des Haldenkörpers.“ Diese Anschüttung ist außerdem mit unzumutbaren Belastungen der Anwohner im Johannestal verbunden. Eine dauerhafte statische Sicherheit des Alpincenters kann nur durch eine nachträgliche Pfahlgründung bis ins Erdreich erzielt werden. DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Die Verwaltung muss gründlicher die Pläne des Alpincenters prüfen und darf nicht die mangelnde Sorgfalt wie in der Bauphase des Alpincenters wiederholen. Sicherheit muss vor Geschäftsinteresse gehen!“

Eine öffentliche Veranstaltung der DKP vor Ort machte klar: Die von Dr. Benner aufgezeigten Probleme der Halde Prosperstraße können nicht länger ignoriert werden. Die DKP hat der Stadt vorgeschlagen die Experten zu einem Sachgespräch einzuladen. Dies wird jetzt geschehen.

**Michael Gerber, Tel.: 96227**



**Parksituation im Stadtgebiet**

# Parken wird geduldet

Die DKP-Fraktion ist in letzter Zeit von Bürgerinnen und Bürgern darauf hingewiesen worden, dass im Stadtgebiet jahrelange Duldung von parkenden Pkws auf Gehwegen nun vermehrt geahndet wird. Die DKP hatte sich dazu mit Anwohnern der Trappenstraße getroffen. Aufgrund der Hinweise hatte die DKP-Fraktion am 5. September einen Sachstandsbericht für die Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 29. September beantragt. Doch leider war die Verwaltung nicht in der Lage bis zu diesem Termin einen Bericht zu geben. Im Knöllchenverteilen ist die Verwaltung da wesentlich schneller.

Zwischenzeitlich gab es auch in der örtlichen Presse einen Bericht, der sich auf die Christine-Teusch-Straße bezog. Die DKP-Fraktion wies in ihrem Antrag darauf hin, dass die Vorgehensweise der Verwaltung den Aussagen des damaligen Leiters des Straßenverkehrsamtes, Herrn Ruhkemper, im Jahre 2011 widerspricht. Dieser erklärte nämlich, dass angesichts der dramatischen Knappheit von Parkraum in den Stadtteilen das Parken auf Gehwegen geduldet werde, falls eine Mindestbreite, die das Begehen mit Kinderwagen, Rol-

lator und Rollstuhl zulässt, eingehalten wird.

In der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 20. Oktober wies die Verwaltung die Vorwürfe der DKP-Fraktion zurück, dass die Verwaltung die klammen Kassen der Stadt aufbessern und sich die neue Amtsleiterin, Frau Werwer, profilieren möchte.

Die Aussagen von Herrn Ruhkemper sollen jedoch Bestand haben. Das Parken auf Gehwegen werde geduldet, wenn die Straßenbreite das Parken auf der Fahrbahn nicht zulässt und auf dem Gehweg mindestens ein Meter Platz für Fußgänger vorhanden ist. Dies gelte allerdings nicht in der Innenstadt!

Auf Nachfrage der DKP wurde den Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses mitgeteilt, dass in der Christine-Teusch-Straße zusätzlicher Parkraum geschaffen werden solle.

Auch wenn der Antrag der DKP-Fraktion verspätet behandelt wurde, konnte dennoch ein Erfolg erzielt werden. Hoffen wir, dass schon bald in der Christine-Teusch-Straße die Entspannung der Parksituation zu spüren ist.

**Ulrich Kunold Tel.: 7734190**



Schützend vor das Rathaus stellten sich Mitglieder von DKP, Grünen, Linken, FDP sowie Passanten, als am 7. Oktober einige Faschisten der NPD auf dem Rathausplatz eine „Kundgebung“ abhielten.

Erst am Tag zuvor war der Nazi-Auftritt bekannt geworden, so dass nicht viel Zeit für eine Gegenmobilisierung blieb. Die DKP war mit einem Transparent vertreten, Mitglieder anderer Parteien, wie der Grünen, Linken und der FDP waren ebenfalls vor Ort, ebenso wie nicht in Parteien organisierte, vor allem junge Mitbürger. Um die Nazis trotz Polizeipräsenz vom Platz zu jagen, blieben es zu wenige Antifaschisten. Der Eingangsbereich des Rathauses war den Faschisten jedoch versperrt.

Klar blieb: Nazis haben in Bottrop nichts zu suchen – es wurde deutlich, dass die NPD Mitglieder nicht aus Bottrop kamen und ihren rassistischen Müll nur unter dem Protest der Antifaschisten und somit unhörbar „verbreiten“ konnten. Ob sie sich nochmals in unserer Stadt blicken lassen werden, dürften sie sich künftig genau überlegen!

**Gertrud Schulz Tel.: 684055**

## Ermittlungsverfahren gegen Gerber wegen Aktion gegen Nazis

Oben wird geschildert: Friedlicher, aber lauter Protest gegen Nazis vor dem Rathaus - unter dem Motto „Bottrop ist Bunt - nicht braun“.

Gegen den DKP-Ratsherrn Michael Gerber hat jetzt das Polizeipräsidium Recklinghausen jedoch ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Michael Gerber hat als Beschuldigter eine polizeiliche Vorladung in der „Ermittlungssache Versammlungsgesetz“ erhalten. Gerber: „Es ist ein Skandal, wenn Mitglieder der NPD ungehindert öffentlich auftreten können und Teilnehmer an friedlichen Protesten gegen ausländerfeindliche, faschistische Parolen mit Ermittlungsverfahren überzogen werden.“

Ein Rechtsanwalt wurde eingeschaltet.

### Impressum

**Ich möchte...**

- Informationen über die DKP bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen
- Mitglied werden.

Name: \_\_\_\_\_  
 Straße: \_\_\_\_\_  
 PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

**Herausgeberin: DKP-Ratsfraktion im Rat der Stadt Bottrop**

V.i.S.d.P.: Michael Gerber, Germaniastr. 54, 46236 Bottrop

☒ s.o. ☎ 68 81 57

E-Mail: [dkp-bottrop@t-online.de](mailto:dkp-bottrop@t-online.de)  
[www.dkp-bottrop.de](http://www.dkp-bottrop.de)

Auflage: 35.000. Druck: Kiel-Druck, Kiel



**Bürger fordern Ersatz für Brücke Lütkestraße**

An einer Informationsveranstaltung der DKP-Fraktion an der Brücke Lütkestraße nahmen mehr als 50 Anwohner teil. Die baufällige Brücke über die Gleise der Bundesbahn, die sich im Besitz der Stadt befindet, soll Anfang Dezember ersatzlos abgerissen werden. Die Anwohner fordern nachdrücklich, dass eine Brücke für Fußgänger und Radfahrer als Ersatz errichtet wird. Die Verbindung ist notwendig als Schulweg zur Fürstenberg-Grundschule, zum Paul-Gerhardt-Kindergarten, morgens für die Schüler nach Gladbeck zur Bushaltestelle an der Heimannstraße, zum Friedhof und zum Kleingartenverein sowie für die Erreichbarkeit des Marktplatzes und der Einzelhandelsgeschäfte in der Boy. DKP-Ratsfrau Irmgard Bobrzik: „Die Stadt muss als Ersatz sofort eine Brücke für Fußgänger und Radfahrer errichten. Ein Umweg über die Horster Straße ist für Jung und Alt nicht zumutbar.“ Mit einer Unterschriftensammlung verleihen die Anwohner ihrer Forderung den notwendigen Nachdruck gegenüber Politik und Verwaltung.

**Herbert Dibowski, Tel.: 33855**

**Schlechtes Englisch****Kalter Kaffee**

Stellen Sie sich vor, Sie wohnen in einer Ecke von Bottrop, die selbst eine von der Stadt in Auftrag gegebene Lärmuntersuchung als belastet ausweist – belastet von der Autobahn, einer vielbefahrenen Ausfallstraße und einer Eisenbahntrasse. Und stellen Sie sich vor, da würde jemand kommen und wollte dort ein Durchfahrtskaffeehaus errichten wollen – da würden Sie sagen: Das geht nicht, das müssen unsere Ratsvertreter ablehnen, die Leute in der Gegend leiden schon mehr als genug! Diese Vorstellung ist keine Phantasie, sondern geschieht momentan fast genauso: Den Anwohnern der Straße Plankenschemm an der Stadtgrenze Bottrop/ Essen blühte nämlich, dass der Kaffeekonzern „Starbucks“ in unmittelbarer Nachbarschaft ein „Drive-Thru“-Kaffeehaus errichtet. „Drive Thru“ ist zwar kein korrektes Englisch, aber so will „Starbucks“ sein „Fahr-schnell-rein-und-schnell-wieder-raus“-Objekt nennen.

Effekt: Der Plankenschemm wird nicht nur mit zusätzlichem Lärm belastet, sondern es werden sich auch die Staus auf der Essener Straße und an der Autobahnauf- und -abfahrt verlängern. Insofern sind alle Bottroper vom eventuellen Bau des Starbucks-Rein-Raus-Objekts betroffen.

Da sollte man doch meinen: Das kriegen die doch nie genehmigt, das lehnen doch die Stadt und die Ausschüsse ab! Von wegen! Die Baugenehmigung durch die Stadt steht kurz bevor. Die Anwohner vom Plankenschemm sind richtig sauer, haben Unterschriften gesammelt und eine Bürgerversammlung durchgeführt. Die DKP hat sich jedenfalls deutlich und öffentlich gegen Starbucks Kaffeebude ausgesprochen und unterstützt die Anwohner nach Kräften.

**Günter Ziemmek, Tel.: 3904417**

**Spekulatius****Stadt macht Millionenverluste durch Franken**

Die Kämmerei der Stadt Bottrop hat für insgesamt 25,3 Millionen Euro Kredite in Schweizer Franken aufgenommen. Damit wollte die Stadt von einem niedrigeren Zinssatz gegenüber deutschen Kreditinstituten profitieren.

Die Stadt hat sich dabei kräftig verspekuliert. Bis 2008 wurde eine Zinersparnis von circa 1,9 Millionen Euro erzielt, wovon 950.000 Euro als Rückstellungen wegen des Währungsrisikos gebildet wurden. Durch das niedrige Zinsniveau nach 2008 gab es kaum noch Zinsgewinne. Aufgrund der Währungsschwankung steht dem bisher ein Verlust von circa 6,3 Millionen Euro gegenüber. Bei Vertragsabschluss lag der Euro bei 1,40 SF, heute liegt er wesentlich niedriger. Beim Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2008, das im Mai dem Rat vorgelegt wurde, musste die Stadt erstmals einen Verlust 1,7 Millionen Euro verbuchen. In den Folgejahren müssen weitere Millionenverluste abgeschrieben werden.

DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Die DKP hat bereits 2008 die Zinsgeschäfte der Stadt mit der WestLB scharf kritisiert. Jetzt macht die Stadt auch noch Riesenverluste durch ihre Währungsspekulation mit Schweizer Franken. Gleichzeitig werden massiv die kommunalen Gebühren erhöht, Bücherei-zweigstellen geschlossen und Leistungen der Stadt eingeschränkt. Die DKP fordert ein Ende der Zins- und Währungsspekulation. Gewinner sind die Banken und die Bürger die Verlierer.“

**Manfred Plümpe, Tel.: 94135**

## Stadt informiert unvollständig zu Procar

**Sackers eingesackt**

**Der Technische Beigeordnete, Höving informierte Ratsvertreter nach Meinung der DKP unvollständig über die Hintergründe des Antrages der Firma Procar auf Errichtung eines Neubaus auf dem Sackers Gelände.**

Die Aufgabe der bisherigen Verkaufsräume an der Gladbecker Straße wurde u. a. damit begründet, dass dieses Gebäude einem Immobilienfonds gehöre, mit dem Procar keine Einigung über eine Weiterführung des Mietverhältnisses erzielen könne. Eine Veröffentlichung der örtlichen Presse machte jedoch deutlich, dass die Kündigung durch dubiose Geschäftspraktiken von Peter Jänsch, Eigentümer von Procar, selbst verschuldet wurde! Procar ist nicht Opfer einer Heuschrecke, sondern versuchte deren Geschäftsgebaren selbst zu kopieren und hat sich dabei verspekuliert. Die

Folge sind Räumungsklagen in 10 von 18 Procar-Filialen, unter anderem auch in Bottrop.

Die unseriösen Praktiken des Procar-Inhabers dürfen nicht damit belohnt werden, dass in einer „Fläche zur Sicherung besonderer Klimafunktionen“, wie es der Flächennutzungsplan ausweist, die versiegelte Fläche des Sackers Gelände an der Kirchhellener Straße von bisher 4.000 qm auf 11.000 qm für Procar erweitert wird. Dieser Regionale Grünzug darf nicht weiter zersiedelt und Procar auf dem Silbertablett serviert werden. Die Stadt hat die Pflicht, Alternativen für Neubaupläne aufzuzeigen und nicht krumme Geschäfte zu fördern. Die DKP beantragt im Rat, dass die Aufstellung eines Bebauungsplanes für Procar an der Kirchhellener Straße gestoppt wird.

**Dagmar Gerber, Tel.: 96227**

## Profit aus dem Wasserhahn

**Nicht nur zum Waschen da!**

Die RWE-Tochter RWW (Rheinisch-Westfälische Wasserversorgungsgesellschaft mbH) will ihre Preisgestaltung zum 1. Januar 2012 ändern. Künftig gilt ein „Systempreis“ mit 50 Prozent Grundgebühr von jeder Wohnung. Bislang setzte sich der Tarif zu 80 Prozent aus dem Verbrauch und 20 Prozent aus Fixkosten zusammen.

RWW behauptet, im Ruhrgebiet sei genug Wasser vorhanden, deshalb sei der Verbrauch nicht so wichtig. RWW-Geschäftsführer Dr. Franz-Josef Schulte: „Wir honorieren Wassersparen nicht mehr so stark. Das zahlt sich auch nicht aus. Im Ruhrgebiet gibt es genug Wasser.“

Sparsamer Wasserverbrauch wird künftig mit Preiserhöhungen bestraft! Wenn der sparsame Umgang mit Wasser sich nicht mehr oder nur unwesent-

lich im Preis wiederfindet, ist dies ein falsches Signal für Nachhaltigkeit, gerade beim wichtigen Lebensmittel Trinkwasser.

Betroffen von der Tarifumstellung und künftigen Preiserhöhungen sind alle Bottroper Haushalte. Die Industrie erhält vom RWW Sonderrabatte, die nicht veröffentlicht werden. Kräftig weiter sollen dagegen die Gewinne der RWE-Tochter sprudeln, dies ist der eigentliche Zweck der Tarifumstellung.

Die DKP beantragt im Rat, dass der Vertreter der Stadt im Aufsichtsrat, CDU-Ratsherr Hirschfelder, die Tarifumstellung ablehnt. Der preiswerte Zugang zu Wasser ist ein Grundrecht und darf nicht den Profitinteressen des RWE-Konzerns dienen.

**Ria Reichel, Tel.: 51830**



Das ehemalige Hotel Sackers mit Brennerei soll bald Procar weichen

## DKP kritisiert Änderung bei GBB

**Stadtrat Mietpreistreiber**

**Bottrop ist griechisch – der städtische Etat ist kräftig in den Miesen, die Banken profitieren von den Zinsen, welche die Stadt zahlen muss, Ausgaben sind angeblich kaum noch möglich. Da kommen die Politiker der beiden großen Parteien schon mal auf die Idee, sich wie der gewöhnliche Kapitalist bei den kleinen Leuten zu bedienen.**

Bereits im Haushaltssicherungskonzept 2010, das gegen die Stimmen der DKP-Vertreter beschlossen wurde, heißt es im Kapitel „Erhöhung der Erträge aus kommunalen Beteiligungen“: „Ein Beitrag der GBB erfordert eine Änderung des Gesellschaftsvertrages, der noch vorzunehmen ist.“

Hinter der Abkürzung „GBB“ verbirgt sich die ehemals „Gemeinnützige“ Baugesellschaft, die jetzt nur noch „Gesellschaft für Bauen und Wohnen Bottrop“ heißt und an der die Stadt Bottrop zu achtzig Prozent beteiligt ist, Aufsichtsratsvorsitzender ist Herr Ludes (SPD).

Der bisherige Gesellschaftsvertrag der GBB sah eine Beschränkung der Gewinnausschüttung von maximal vier Prozent der Stammeinlage vor. Bei einem Stammkapital von 3,1 Millionen Euro lag die bisherige absolute Höchstgrenze der Gewinnausschüttung für die Stadt Bottrop bei 99.200 Euro

jährlich. Künftig wird der Gewinnanteil jährlich von der Gesellschafterversammlung auf Empfehlung des Aufsichtsrates festgelegt.

Durch den ersatzlosen Wegfall dieser Grenze besteht die dringende Gefahr, dass auf Kosten der Mieter der GBB der städtische Haushalt konsolidiert werden soll. Bei künftigen höheren Gewinnausschüttungen fehlt nämlich genau dieses Geld für Instandhaltung und Neuinvestitionen! Zukünftige Mieterhöhungen für die Mieter der GBB können so über eine erhöhte Gewinnausschüttung direkt in den städtischen Haushalt zum Stopfen von Haushaltslöchern wandern.

DKP-Ratsfrau Irmgard Bobrzik: „Nach der Erhöhung der Grundsteuer B, die voll auf die Mieten umgelegt wird, sollen die Mieter jetzt zum zweiten Mal durch Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes zur Kasse gebeten werden, indem die GBB höhere Ausschüttungen an die Stadt abführt.“

Gegen die Stimmen der DKP hat der Rat der Stadt der Änderung des Gesellschaftsvertrages beschlossen und so den Weg frei gemacht für Mieterhöhungen und „Einsparungen“ bei der Instandhaltung der Wohnungen.

**Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020**



DKP: Klima kein Lippenbekenntnis

## Osterfelder Straße: Prima Klima?

Anfang diesen Jahres hatte ich als DKP-Ratsherr im Rat der Stadt zur Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Bottrop gesprochen. Schon damals hatte ich darauf hingewiesen, dass es dem Klimaschutz widerspricht, wenn Bäume an der Osterfelder Straße abgeholzt werden.

Dank einer Unterschriftenaktion der Grünen, die mehr als 1700 Unterschriften gesammelt haben, wurde der Widerstand gegen das Abholzen der Allee-bäume aus der Bevölkerung in den letzten 1 ½ Jahren größer. Der Vorschlag der SPD-Fraktion – der von der DKP-Fraktion begrüßt wurde – einen unabhängigen Gutachter zu beauftragen, brachte aber dummerweise für die Abholz-Befürworter nicht das gewünschte Ergebnis. Denn: Siehe da, der größte Teil der Bäume ist gesund!

Was nun kam, kann man nicht mehr als demokratisches Verfahren bezeichnen.

Eine Bürgerversammlung, - auf der die Ratsmitglieder vom Vorsitzenden des Bau- und Verkehrsausschusses einen Maulkorb verpasst bekamen. · und deren Stimmungsbild falsch dargestellt wurde.

Denn auf der Bürgerversammlung gab es eine deutliche Mehrheit für die Erhaltung der meisten gesunden Bäume. Plötzlich hatte für eine Straße mit überbezirklicher Bedeutung, der überbezirkliche Bürgerwillen keine Bedeutung mehr.

Schlimmer wurde es dann noch in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses im Juli. Nach Meinung der Mehrheitsfraktionen sollen nun mehr als die Hälfte der gesunden Bäume zugunsten von Parkplätzen geopfert werden.

Die logische Konsequenz für

die kleinen Fraktionen war, Einspruch gegen die Durchführung des Beschlusses des Bau- und Verkehrsausschusses einzulegen. Es geht uns nicht darum, mit rechtlichen Mitteln einen rechtsgültigen Beschluss zu kippen, sondern es geht uns um das dubiose Demokratieverständnis der Verwaltungsspitze und der Fraktionen von SPD und CDU.

Die Krönung des ganzen undemokratischen Vorgangs war dann das Verhalten des Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Ludes (SPD). Zum Tagesordnungspunkt 5 der Ausschusssitzung am 29. September – Beschwerden gem. § 24 GO NRW – ließ er Wortmeldungen der kleinen Fraktionen nicht mehr zu. Dieses Verhalten musste er inzwischen „bedauern“ und um Entschuldigung bitten.

Das Fazit dieser ganzen Angelegenheit:

Verwaltung, SPD und CDU haben dem Ansehen des Rates großen Schaden zugefügt und der Demokratie einen Bärendienst erwiesen! Bei einer neuen Sitzung des Ausschusses blieb die Mehrheit von CDU und SPD bei ihrem Fällungsbeschluss.

Wenn nicht schon seit längerem klar wäre, dass es bei InnovationCity nicht um die Umwelt geht, sondern um das Geld der Investoren: hier wurde es wieder einmal deutlich! Der Allee-Charakter der Osterfelder Straße mit den gesunden Bäumen muss erhalten werden.

**Ulrich Kunold, Tel.: 7734190**



Michael Gerber :

## Verschwiegenheit für wen?

Bereits zum zweiten Mal innerhalb von drei Jahren ist mir vorgeworfen worden, gegen die Verschwiegenheitspflicht als Mitglied des Rates verstoßen zu haben. Nach ausführlicher Prüfung musste die Verwaltung sowohl 2008 beim Thema Wandelanleihe wie auch jetzt zu den Millionen Buchverlusten bei der Kreditaufnahme in Schweizer Franken wieder eingestehen, dass dieser Vorwurf haltlos ist. Die aktuelle Prüfung einer möglichen Verletzung der Verschwiegenheitspflicht wurde dem Ältestenrat am 26. September vorgelegt. Es bedurfte erst meiner nachdrücklichen Aufforderung, dass das Ergebnis den Mitgliedern des Rates bekannt gemacht wird. Die Verwaltungsspitze wollte dies offensichtlich nicht öffentlich machen.

In den über 40 Jahren Ratstätigkeit der DKP sind wir immer für ein gläsernes Rathaus eingetreten, damit die Bürger draußen sehen, was drinnen geschieht. Unser Grundsatz war immer: DKP-Mandatsvertreter sind keine Geheime! Der Auftrag unserer Wählerinnen und Wählern an uns ist es, die Verwaltung zu kontrollieren. Das ist wohl einigen in dieser Verwaltung ein Dorn im Auge. Sie versuchen, die DKP-Fraktion mit Vorwürfen und Untersuchungen einzuschüchtern. Dies wird ihnen nicht gelingen. Als Betriebsräte haben Ratsfrau Bobrzik und ich viele Jahre ganz andere Konflikte und Kämpfe bei Krupps bzw. Siemens durchgestanden. Es hat schon ein Konzern versucht, mich einzuschüchtern - ich habe mich schließlich durchgesetzt. Dass es eini-

gen Ratsmitgliedern von SPD und CDU vorrangig darum geht, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, macht folgendes Beispiel deutlich: In der letzten Ratssitzung haben Frau Bobrzik und ich in der Diskussion über die Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Gesellschaft für Bauen und Wohnen Bottrop mbH die Neufassung des Paragraphen 24 scharf kritisiert. Die beschlossene Änderung ermöglicht es der Stadt künftig, ihren Gewinnanteil aus der Gesellschaft zu erhöhen. In der folgenden Aufsichtsratssitzung der Gesellschaft für Bauen und Wohnen Bottrop wurde Ratsfrau Bobrzik vorgeworfen, mit ihrer Kritik im Rat der Stadt den Interessen der Gesellschaft geschadet zu haben und ein Prüfauftrag gegen Ratsfrau Bobrzik und mich beantragt.

Einen Maulkorb lassen wir uns auch künftig nicht verpassen! Wir werden auch weiterhin Kritik üben, wo andere hier im Rat schweigen.

Wir werden die Bürger auch zukünftig darüber aufklären, wie ihre Interessen durch Rat und Verwaltungsspitze missachtet werden.

**Michael Gerber, Tel.: 96227**



## Ein offener Brief an den Oberbürgermeister

# Arge, Armut... - Wut

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Tischler, ich schreibe Ihnen als Wutbürgerin und als Kommunistin diesen offenen Brief, denn „die Öffentlichkeit ist die Luft der Demokratie!“

Meine eigene Rente bekomme ich erst mit 65 Jahren. Ich bin Witwe ohne Ersparnisse und da ich von meiner Witwenrente allein nicht leben kann, habe ich einen Antrag bei der Arge gestellt. Man hat mir ausgerechnet, dass mir 80,70 Euro zustehen. Das Wohngeld von 113,- Euro würde ich auch bekommen, wenn ich auf die 80,70 Euro verzichten würde. Auch die Drohung „Ich kann Ihnen auch die 80 Euro streichen!“ zieht bei mir nicht.

Denn „Arbeit selber suchen“ - das mache ich, eine Antwort höre ich jedoch immer: Zu alt! In einem Hotel in Bredeney Betten zu machen habe ich abgelehnt, die Fahrkarte kostet ja schon fast 100 Euro! In Essen, Mülheim, Oberhausen oder Gelsenkirchen zu arbeiten, habe ich abgelehnt, in diesen Städten gibt es genug Arbeitslose. Für 1,50 Euro „Stundenlohn“ zu arbeiten, habe ich ebenso abgelehnt, als DKP-Vertreterin im Rat habe ich immer gegen Hartz IV und 1,50-Euro-Jobs gestimmt. Arbeiten im Altenheim in Bottrop: Sie sind zu alt! Arbeit beim Bäcker: Zu alt! Arbeiten im Restaurant an der B224 von 16.00 Uhr bis 22.00 Uhr in der Küche: Ich habe kein Auto, wenn der letzte Bus weg ist, müsste ich nach Hause laufen. Die Wirtin: Ich stelle keine 61-jährige Frau ein!

Wie hier in Bottrop mit älteren Bürgerinnen und Bürgern umgegangen wird, ist sehr schlimm und traurig. Dann kriegt man noch gesagt: „Schieben Sie nicht alles auf Ihr Alter!“ - das sagt mir eine junge Frau, die meine Tochter sein könnte...

Ich bin überzeugt, dass es vielen Menschen in meinem Alter, vor allem Frauen, so geht wie mir. Die ganze Hartz-IV-Politik ist von der SPD unter Schröder erst möglich gemacht worden. Für die Banken, für die Euro-Rettung und für die Rüstung ist genug Geld da, aber ein Zuschuss zu meiner kleinen Witwenrente, der ist nicht drin!

Gertrud Schulz

**(Un-)Sozialticket**

## Drei Scheine für die Karte

Nach mittlerweile fünfmaligem Verschieben, nach monatelangem unwürdigem Gezerre soll es jetzt also doch kommen, das „Sozialticket“. Allerdings zu einem ungeheuerlichen Preis von 29,90 Euro und gelten soll es nur für das Bottroper Stadtgebiet.

Das Ticket verdient seinen Namen nicht, es ist eine Verhöhnung der bedürftigen Menschen, weil es viel teurer ist als das, was im ALG-II-Regelsatz für Mobilität vorgesehen ist. Das sind nämlich derzeit nur 22,78 Euro! Hiervon muss allerdings alles beglichen werden, was mit Verkehr zu tun hat. Die „Inanspruchnahme von Verkehrsdienstleistungen“ – Besorgungen, Arbeitssuche in umli heißt das im Bürokratendeutsch - in der eigenen Stadt, umliegenden Orten, Besuche von Verwandten, Freunden oder Bekannten auch über den Nahbereich hinaus und z. B. die Reparatur des Fahrrades oder

Mofas: Alles für monatlich 22,78 Euro!

Die Evangelische Sozialberatung rechnet mit einem vertretbaren Fahrkartenpreis von 15 Euro für den Nahbereich und nicht, wie jetzt von der Landesregierung vorgesehen, mit dem Doppelten.

Woher sollen die fehlenden 15 Euro kommen? Sollen die Ticketnutzer drei Tage pro Monat nichts essen? Das entspräche ungefähr den Mehrkosten für das „Unsozialticket“. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hält das, was jetzt als Sozialticket eingeführt werden soll, ebenfalls für einen „sozialpolitischen, verkehrspolitischen und betriebswirtschaftlichen Flop“.

Bei einem wirklich sozialen Ticket von 15 Euro würden deutlich mehr Menschen Bus und Bahn nutzen, als bei einem Ticketpreis von 30 Euro. Daher ist zu befürchten, dass der VRR nach der zunächst bis Ende

2012 festgelegten Testphase zu dem Ergebnis kommen wird, dass dieses teure „Sozialticket“ nicht angenommen wird. Als in Dortmund das Ticket 15 Euro kostete, haben es 24.000 Menschen genutzt. Als der Preis sich verdoppelte, leisteten es sich nur noch knapp 8.000 Personen.

Die DKP fordert ein Sozialticket, das ALLEN Bedürftigen zu Gute kommt, das eine bedarfsgerechte Mobilität garantiert zu einem Preis, der arme Menschen nicht weiter ausgrenzt!

**Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020**

**Fonds Deutsche Einheit**

## Sofort Zahlung einstellen

Die DKP begrüßt, dass die Stadt Bottrop sich der Verfassungsbeschwerde von 91 Städten aus NRW vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes NRW angeschlossen hat.

Seit 1991 hat die Stadt Bottrop ca. 120 Millionen Euro für den Fonds Deutsche Einheit aufbringen müssen. Bis zum Jahre 2019 kommen weitere finanzielle Belastungen in Millionenhöhe auf die hochverschuldete Stadt Bottrop zu. Bereits in den 90ziger Jahren hat die DKP-Fraktion diese Zahlungen kritisiert und gefordert, dass diese Zahlungen sich nicht nach der Himmelsrichtung, sondern nach der Bedürftigkeit richten muss. Auch wenn diese Erkenntnis inzwischen geteilt wird, hat sich an den finanziellen Belastungen und Folgen für die Stadt Bottrop und andere hochverschuldete Ruhrgebietsstädte nichts geändert. Auch wenn die Verfassungsbeschwerde der 91 Städte vor dem Verfassungsgerichtshof NRW erfolgreich ist, werden die Belastung durch die Zahlungen an den Fonds Deutsche Einheit für die Stadt Bottrop nur etwas abgemildert, aber nicht beseitigt.

Die Stadt Bottrop sollte daher als Akt der Verteidigung der kommunalen Selbstverwaltung und des zivilen Ungehorsams die Zahlungen an den Fonds Deutsche Einheit sofort einstellen und auch andere Städte dazu auffordern. Die Einstellung der Zahlungen ist notwendig um deutlich zu machen, dass die kommunale Verschuldung ein Ergebnis der Finanzpolitik von Bund und Land ist. Aus eigener Kraft können sich weder Bottrop noch andere hochverschuldete Städte aus der Vergeblichkeitsfalle der kommunalen Verschuldung befreien.

**Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020**